



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel : (vom 19. bis 25. März)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

(vom 19. bis 25. März)

Zentrum, Liberale und Regierung

Die Regierung im Joch der Ultramontanen — Vor sechs und sieben Jahren! — Rücktritt Bermuths — Eine Parallele mit Lindequist — Begünstigung des Parlamentarismus — Vorstandssitzung der nationalliberalen Partei — Fraktionen bei den Reichsämtern — Verhandlungen mit England — Wehrvorlagen

Wer mit Nachdenken die Geschichte liest, wird finden, daß fast immer dieselben Szenen vorkommen, in denen nur die Namen der handelnden Personen geändert zu werden brauchen. An diesen Gedanken Friedrichs des Großen gemahnen uns wieder einmal die Vorgänge der beiden letzten Wochen in der inneren Reichspolitik. Es ist, als wenn die Jahre 1904, 1905 und 1906 wieder-gekehrt wären und als habe es kein 1907 gegeben. Wieder ringen das Zentrum und die liberalen Mittelparteien um die Vorherrschaft, und wieder gerät die Reichsregierung langsam aber sicher unter das laudinische Joch der Ultramontanen. Herr v. Bethmann befindet sich genau in der gleichen Lage wie seinerzeit Fürst Bülow: er ist sich wohl bewußt, daß kein Staat ohne eine starke Dosis liberaler Prinzipien mehr voran gebracht werden kann; und doch ist er darauf angewiesen, sich der durchaus nicht liberalen Zentrumsparlei zu bedienen, weil die vorhandenen liberalen Parteien nicht in dem Zustande der Festigkeit leben, der erforderlich wäre, um darauf eine starke Regierungsautorität zu begründen. Herr v. Bethmann ist nicht der finstere Reaktionär, als den ihn manche erscheinen lassen möchten, er rechnet nur mit den gegebenen Faktoren, was wieder zur Folge hat, daß er sich von der kompakten, zielsicher vorwärtstrebenden Masse der Ultramontanen mitschleppen läßt, wie sein Vorgänger argwöhnisch bewacht von den Konservativen, daß er ja den Liberalen kein Zeichen der Beruhigung zukommen lasse. Die Zentrumsparlei macht dagegen wieder einmal ihrem Namen Ehre: sie bildet den Mittelpunkt der deutschen Reichspolitik und zwar aus eigener Kraft, trotz sehr anrüchiger Antezedenzien in nationalen Dingen, lediglich weil sie eine Macht ist!

Vor sechs und sieben Jahren war es das Kolonialamt, heute ist es das Reichschazamt, das den Hintergrund für die Szene bildet, auf der Liberale

und Zentrum die Klängen kreuzen. Damals wurde Herr Stübel die vom Reichskanzler gewünschte Frist (um seinen in Aussicht genommenen Nachfolger, den Grafen Böden, einzuarbeiten) nicht gewährt. Damals war es Herr Erzberger, der durch seinen Artikel in Nummer 721 der Kölnischen Volkszeitung vom 1. September 1905 Herrn Stübel zur schleunigen Flucht veranlaßte, um so zu verhindern, daß dieser kenntnisreiche Beamte noch während der Kolonialdebatten im Reichstage erscheinen konnte. Die Regierung mußte nachgeben. Die Klammern des Zentrums hatten sich in den vorausgegangenen fünf Jahren so fest um die Reichsregierung gelegt, daß es ein Entrinnen nicht mehr gab. Gröber ward 1903 durch Herrn Spahn's Vermittlung zum Mitregenten in Württemberg bestellt, Freiherr v. Hertling übernahm 1904 eine Art Spezialmission in Rom, und die Stellung dieses Parteimannes war so bedeutsam, daß der preußische Gesandte einem Freunde resigniert sagen mußte, er bringe den nötigen guten Beziehungen der Regierung zu Zentrum und Kurie schwere persönliche Opfer! 1905 forderte Herr Spahn den Posten eines Oberlandesgerichtspräsidenten in Stettin, wenn er bei dessen Freiverdung „alsdann den Wunsch haben sollte“.

Die Macht des Ultramontanismus ist seit 1905 nicht geringer geworden, und die Gaben, die der Reichskanzler gegenwärtig aus seiner Hand nehmen muß, wird er als preußischer Ministerpräsident mit Schylockzinsen bezahlen müssen.

Es ist seitens der Beteiligten abgeleugnet worden, daß der Rücktritt des Reichssekretärs Wermuth eine neue Macht offenbarung der Zentrumsparthei bedeutet. Man braucht sich indessen nur daran zu erinnern, wie Herr Speck im Reichstage, Freiherr v. Hertling bei seiner Antrittsrede im Bayerischen Landtage und die Germania die Erbschaftssteuerabsichten des Reichskanzlers behandelten, um die nachträglichen Unschuldsbeteuerungen auf das richtige Maß zurückführen zu können. Wie es seinerzeit in erster Linie galt, die Position der Regierung zu schwächen, als man den sachverständigen Stübel in die Flucht trieb, so galt es auch diesmal, Herrn v. Bethmann seines energischen und tüchtigen Finanzsekretärs zu berauben, um alsdann den Reichskanzler um so sicherer zur Anlehnung an die Finanzautoritäten des Zentrums zu zwingen. Herr Kühn, der Nachfolger Wermuths, wird als ein selbstsicherer Mann von Kenntnissen gerühmt, sein erstes Auftreten im Reichstage machte einen guten Eindruck, dennoch darf seine Stellung von dem Augenblick an als erschüttert gelten, in dem er mit seinen Auffassungen in Gegensatz zu Herrn Erzberger gerät.

Herrn Wermuths Rücktritt erfolgte, weil er die volle Deckung der Mehrausgaben durch neue Steuern nicht zu erzwingen vermochte. In der entscheidenden Sitzung des Bundesrats sah er sich einem fertigen Kompromiß gegenübergestellt, der unter Benutzung einer von Erzberger ausgearbeiteten Denkschrift nur einen Teil der Ausgaben durch neue Steuern decken will (u. a. Preisgabe der sogenannten Brauntweinliebesgabe), während der Rest aus den Ersparnissen beschafft werden

soll, die der sorgsame Reichsfackelmeister hier und da zuwege gebracht hat. Herr Bermuth wollte die finanzielle Kriegsbereitschaft des Reichs sicherstellen, die Einflüsse der Konservativen und des Zentrums im Bundesrate haben sich dieser gefunden Absicht entgegengestellt, und deshalb hat er es vorgezogen, seinen Posten aufzugeben.

Die liberale Presse hat den scheidenden Staatssekretär bejubelt! Hat sie einen besonderen Grund dafür? Es möchte mir fast scheinen, als sei der Jubel nicht oder noch nicht am Platze. Es wurde schon bemerkt, daß der Rücktritt in erster Linie dem Zentrum zugute kommt, da er die Regierung gegenüber dieser Partei schwächt. Die Haltung der liberalen Presse erweckt daher den Eindruck besonders zur Schau getragener Schadenfreude, ähnlich wie es beim Ausscheiden von Lindequist der Fall war. Hat aber Lindequist aus seinem Rücktritt Folgerungen gezogen, die die Liberalen veranlassen konnten, ihn als ihren Mann zu betrachten? Hat er sich irgend einer Organisation zur Verfügung gestellt, um das von ihm so scharf kritisierte System zu verbessern? Es ist nichts davon bekannt geworden. Wird Herr Bermuth ähnlich verfahren? Soll es nicht scheinen, als wäre gekränkte Eitelkeit maßgebend für den Schritt Bermuths gewesen, dann müßte er offenen Anschluß an eine der Parteien finden, die seine Politik zur Amtszeit unterstützte. Das wäre die politische Tat eines für das Wohl des Vaterlandes kämpfenden Staatsmannes! Findet er aber den Weg zu einem solchen Entschluß nicht, so stünde er vor der Öffentlichkeit und vor der Geschichte größer und glänzender da, wenn er trotz der bestehenden Meinungsverschiedenheiten fest am Beamtenstandpunkt hielt und von seinem Platze neben dem Kanzler nicht wich!

Man wird mir einwenden, solche Forderung hieße den Parlamentarismus begünstigen. Doch man bedenke: der Kryptoparlamentarismus, der gegenwärtig in Deutschland besteht, zerstört die gesunden Kräfte in der Bureaokratie, ohne der Regierung die Möglichkeit zu geben, statt ihrer neue aus den Parteien heraufzuziehen. Darunter leiden Regierung und Parteien in gleichem Maße. Der gegenwärtige Zustand ist ruinös für alle bürgerlichen Parteien, dessen sollen auch die Konservativen eingedenk sein, er bedeutet eine ernste Gefahr für den bürgerlichen Staat mit samt der Monarchie. Ist es für ein an geistigen Kräften so reiches Volk, wie das deutsche, nicht fast ein unwürdiger Zustand, wenn in den höchsten Kreisen das Wort die Kunde machen kann, ohne auf Widerspruch zu stoßen: Herr v. Bethmann sitze so fest im Sattel, lediglich weil nirgends ein Mann für seinen Posten auffindbar?! Darum wäre ein offen auf der Moral selbständiger Staatsauffassungen emporgewachsener Parlamentarismus zehmal gesünder als der heimliche, in dem, wie jetzt, nur die durch Kliken und Hintertüren arbeitenden Parteien zu Worte kommen! Darum heraus aus den alten Vorstellungen und Vorurteilen!

* * *

Während sich so für die nationalen Parteien wirklich nationale Aufgaben bieten, arbeitet in ihnen der Gärungsprozeß, der zunächst einmal die ungleich gewachsenen Glieder der einzelnen Parteien an den Platz bringen soll, an den sie gehören. Die schwerste Krisis macht in dieser Beziehung die national-liberale Partei durch.

Am Sonntag hat in Berlin die Zentralvorstandssitzung dieser Partei stattgefunden, und, wie es scheint, mit einer Niederlage der jüngeren, moderne Aufgaben in den Vordergrund rückenden Kreise geendet. Wie es heißt, sollen die sogenannten Jungliberalen, die hinter Bassermann stehen, durch die Altliberalen vollständig aufs Haupt geschlagen sein und gezwungen werden, sich entweder den Anordnungen der Älteren zu fügen oder aus der Partei auszuschneiden. Die in die Öffentlichkeit gedrungene Nachricht enthält allerdings einen Bericht, der den Tatsachen eine schiefe Beleuchtung gibt. So wird gesagt, daß die Einberufung des allgemeinen Vertretertages der Partei auf Veranlassung des rechten Flügels erfolgte, während es tatsächlich der unterliegende linke Flügel war, der diese Einberufung forderte. Die Haltung des linken Flügels wird erklärt durch die Vorgänge auf den jüngst vergangenen Parteitagen, die genau erkennen ließen, welcher Flügel im Lande die Mehrheit hinter sich vereinigt. Von den Berliner Jungliberalen will ich nicht sprechen — obwohl sie in der letzten Zeit viel von sich reden gemacht haben — da sie keine Abgeordneten in den Reichstag entsenden. Auf dem letzten Parteitage in Hannover wurden zum Beispiel nach den Reden des Parteisekretärs Hugo und des Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Richthofen von dreihundertachtzig Stimmen nur sechs gegen Bassermann abgegeben, und diese sechs Stimmen gehörten den Mitgliedern der preußischen Landtagsfraktion an. Hannover delegierte zur gestrigen Vorstandssitzung acht Herren, darunter die sechs Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion, die ohne weiteres dem Zentralvorstande angehören. Von diesen acht hannoverschen Delegierten haben die sechs Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion ihre Stimme für die Provinz Hannover gegen Bassermann abgegeben. Man wird aus der Gegenüberstellung der Abstimmung in Hannover und in Berlin erkennen, daß die sechs gegen Bassermann abgegebenen Stimmen der Stimmung in Hannover selbst nicht entsprechen. Doch ich möchte nicht auf Einzelheiten eingehen. Es fragt sich nun, ob die national-liberale Partei in ihrer heutigen Zusammensetzung noch eine Aussicht hat, geschlossen bestehen zu bleiben, und ob es wünschenswert ist, diese Geschlossenheit selbst mit künstlichen Mitteln zu fördern. Die Leser der Grenzboten werden sich vielleicht erinnern, daß an dieser Stelle schon wiederholt die Notwendigkeit einer schärferen Scheidung vorausgesagt wurde. Wenn wir von reinen Weltanschauungsfragen absehen, über die in den erwerbstätigen Kreisen doch nur sehr wenig gerechnet wird, so tragen die Angehörigen der liberalen Partei aus der Industrie durchaus konservative Merkmale an sich. Die Zechen-, Kohlengruben- und Fabrikbesitzer aus Rheinland und Westfalen können heute kaum noch als liberal im Sinne der alten Parteigrundsätze angesprochen werden. Sie

sind nicht nur als Großkapitalisten, sondern in erster Linie als praktisch arbeitende Chefs von tausenden Untergebenen stärker auf das Autoritätsprinzip hingewiesen als ihre liberalen Voreltern. Man braucht sich nur der Verhandlungen zu erinnern, die dem letzten Kohlengräberstreif vorausgingen, um zu erkennen, wie sehr der Autoritätsgedanke alle liberalen Erwägungen schon hat in den Hintergrund treten lassen. Die Zahl dieser konservativ gerichteten Liberalen, wie ich sie nennen möchte, hält nun durchaus nicht mit der Zunahme der Bevölkerung Schritt. Die Statistiken zeigen vielmehr, daß sowohl die Zentralisierung des Kapitals, wie die Verringerung der Kinderzahl in den reichgewordenen Familien ein langsames Absterben dieser Kreise verursacht, während die gebildete Mittelschicht in abhängigen Stellungen außerordentlich stark zunimmt. In diesen gebildeten Mittelschichten hat der Liberalismus in seiner besten und für die Gesamtheit der Nation glücklichsten Zusammenfassung eine Heimstatt gefunden trotz der lebhaften und unermüdblichen Versuche der Demokratie, sich dieser Kreise zu bemächtigen. Dieser Entwicklung wollen die Herren aus der preussischen Landtagsfraktion der nationalliberalen Partei keine Rechnung tragen, weil sie darin lediglich einen Zug nach links erkennen.

Tatsächlich geht der Zug nicht nach links, wohl aber sind in vierzigjähriger glücklicher Entwicklung Millionen Menschen vollständig neu herangereift und es haben sich innerhalb der Berufsstände solche Verschiebungen eingestellt, die Bismarck bei der Gründung der nationalliberalen Partei ebensowenig voraussehen und berücksichtigen konnte, wie Bismarck, als er die Verfassung des Deutschen Reiches schuf.

* * *

Die Vorarbeiten für Flotten- und Heeresvorlagen mit ihren unvermeidlichen Friktionen zwischen den technischen und den politischen Behörden haben diesmal besonders zahlreiche Veranlassung zu allerhand Kombinationen über Ministerwechsel und Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Ressorts gegeben. Wenn es nach der Tagespresse ginge, so müßte eigentlich nur Großadmiral Tirpitz an seinem Platze geblieben sein, während Reichskanzler, Außenminister und Reichssäckelmeister das Feld geräumt hätten. Nun, Herr von Bethmann sitzt fest, und wäre es wirklich nur aus dem oben angegebenen Grunde. Herr von Riberlen fände schon eher einen Nachfolger, da es unter den ältern Diplomaten eine recht hübsche erste Garnitur gibt. Aber für seinen Abgang besteht so lange kein sichtbarer Grund, als seine Tätigkeit die gleichen Ziele verfolgt und nicht ohne Ergebnis verfolgt, die der Kaiser im Auge hat. Das aber ist zurzeit der Fall, wenn auch die Verhandlungen mit England erhebliche Schwierigkeiten bereiten. England fühlt sich Deutschland gegenüber noch zu stark, um in Konzessionen zu willigen, die es einstweilen noch als ein „Zuviel“ empfindet. Also gilt es für die deutschen Diplomaten: abwarten und die

Situation so verstärken, bis Albion sich gefügiger zeigt. Es wäre kein Glück für uns, sollten die Verhandlungen mit England forciert werden, etwa, wie es im vergangenen Jahre mit Frankreich geschehen. Die heutige Lage ist auch viel zu verschieden von der vorjährigen. 1911 war die Gefahr akut geworden, daß Frankreich uns in einer ganz bestimmten zur Reife drängenden Angelegenheit zur Seite schob. Gegenwärtig handelt es sich um die Revision der deutsch-englischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit, ohne daß selbst in den Bagdadbahnverhandlungen eine Frage lebendig geworden wäre, die sofortiges Verhandeln benötigte, — wenigstens nicht für Deutschland. Daß der Kaiser die internationale Lage ebenso ansieht wie sein Staatssekretär des Auswärtigen Amts, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß er die wegen des Kohlengrubentstreiks um einige Tage verzögerte Reise nach Korfu nunmehr angetreten hat.

G. Cl.

Die Heeresvorlage

Das Bedürfnis einer Neuorganisation, am stärksten fühlbar bei der Infanterie — Flickwerk oder Ansatz zu einem Neubau? — Vorschläge — Dreiteilung — Verbesserung des Oberbaues des Offizierkorps der Infanterie

Als vor Jahresfrist die Festlegung der Friedenspräsenzstärke auf ein weiteres Quinquennium erfolgte, bedauerte man in militärischen Kreisen allgemein, daß diese Gelegenheit nicht benutzt worden war, um für den weiteren Ausbau unseres Heerwesens in organisatorischer Hinsicht bestimmte Richtlinien zu ziehen, daß vielmehr nur den äußersten Bedürfnissen Rechnung getragen und selbst die Füllung der bemerkenswertesten Lücken im wesentlichen auf die zweite Hälfte des fünfjährigen Zeitraums verschoben wurde. Inzwischen ergab sich die Notwendigkeit, die Kriegsbereitschaft des Heeres zu erhöhen. Der Reichskanzler hat die ihm erforderlich scheinenden Vorschläge dem Bundesrat vorgelegt, von dessen Beschlüssen die endgültige Gestalt der Entwürfe abhängt, die der Reichstag zum Gegenstande seiner Beratungen zu machen haben wird. In welchem Rahmen sich die Heeresvorlage bewegt, läßt sich aus der auszugsweisen Veröffentlichung der Nordd. Allgemeinen Zeitung vom 23. d. Mts. zwar bereits allgemein überblicken, aber doch noch nicht hinreichend, um ein abschließendes Urteil darüber abgeben zu können, ob auch diesmal nur ein den augenblicklichen Bedürfnissen genügendes Flickwerk geschaffen werden soll, oder ob die Heeresverwaltung die 1911 veräumte Gelegenheit jetzt wahrnehmen und eine umfassende Neuorganisation nach großzügigem Plane in die Wege leiten will. Das Bedürfnis einer solchen Neuorganisation ist zweifellos vorhanden. Am stärksten ist es in bezug auf die Infanterie fühlbar. Einerseits handelt es sich dabei um eine solche Friedensgliederung dieser Hauptwaffe der Armee, daß der möglichst rasche und reibungslose Übergang zur Kriegsgliederung gewährleistet ist. Andererseits erfordern die Zustände im Offizierkorps der Infanterie (vgl. Neue Militärische Blätter — Infanteristische Halbmonatshefte — 1912, Nr. 1 und 2) durchgreifende Maß-

Grenzboten I 1912

82

nahmen zur Wahrung vollster Kriegsbereitschaft. Denn diese ist einer ernsten Gefährdung ausgesetzt, wenn eine überwiegende Mehrzahl von Offizieren ihren Friedensdienst bei steigenden äußeren Anforderungen unter zunehmendem seelischen Druck trostloser Zukunftsaussichten tun muß.

Die Heeresvorlage sieht vor: Schaffung von zwei neuen Armeekorps; Erhöhung des Stats bei einer großen Anzahl von Infanteriebataillonen und Feldartillerieabteilungen; Ausstattung sämtlicher Infanterieregimenter mit Maschinengewehrkompanien; Aufstellung der fehlenden dritten Bataillone bei vierzehn Infanterieregimentern und Errichtung eines neuen sächsischen Infanterieregiments; endlich Verbesserung der Zahl der Offizierstellenbesetzung im Kriege durch weitere Schaffung von Stellen, die im Frieden den Truppenoffizier von allzu häufiger Verwendung außerhalb seiner Dienststelle entlasten und im Kriege für Besetzung der Neuformationen verfügbar sind. Die Neuschaffung von Korpsverbänden und die Regelung der Befehlsverhältnisse an der Westgrenze erfordern die Errichtung einer neuen siebenten Armeeinspektion. Die Aufstellung von zwei Feldartillerieregimentern bei der 37. und 39. Division war schon im Gesetz von 1911 bestimmt, soll aber jetzt statt erst 1914/15 schon zum 1. Oktober 1912 erfolgen. Das gleiche gilt für die Neubildungen der Fußartillerie und die Errichtung eines Telegraphenbataillons. Die Schaffung einer Fliegertruppe erklärt sich durch die rasche Entwicklung, die die Flugtechnik nimmt. Die Absicht, gleichzeitig mit der Heeresvorlage eine Erhöhung der Mannschaftslöhnung vorzuschlagen, ist dankbar zu begrüßen, dürfte auch schwerlich auf Widerspruch seitens der Volksvertretung stoßen.

Bei der Schaffung der beiden Armeekorps kommt nur die Errichtung von zwei Generalkommandos und zwei Divisionskommandos in Frage. Denn die erforderlichen Truppen sind schon fast vollzählig vorhanden, ebenso zwei Divisionskommandos. Es ist ein offenes Geheimnis, daß diese Korps bisher bereits im Mobilmachungsfalle aufgestellt werden sollten. Wenn sie künftig auch im Frieden bestehen, bedeutet dies eine Erleichterung der Mobilmachung und eine Erhöhung der Schlagfertigkeit. Das gleiche gilt für die Ergänzung von 14 Infanterieregimentern auf den Friedensstand von 3 Bataillonen. Angenommen, das neue sächsische Regiment erhält diesen gleichfalls, so bleiben aber doch noch 18 Regimenter zu 2 Bataillonen bestehen, die ihr drittes Bataillon erst im Mobilmachungsfalle aufzustellen haben. Es ist kein Grund zu ersehen, warum diesem Zustande nicht ebenfalls im gegenwärtigen Augenblick ein Ende bereitet werden soll. Es ist anzunehmen, daß lediglich finanzielle Rücksichten zu diesem Verzicht führen. Mit diesen haben sich die gegenwärtigen Betrachtungen nicht zu befassen. Aber warum wählt man nicht den durchaus nicht kostspieligen Ausweg, alle Regimenter auf drei Bataillone zu stellen und einen Teil derselben einstweilen mit drei statt vier Kompagnien zu formieren? Es bedeutet eine wesentliche Verbesserung für den Übergang in die Kriegsgliederung, wenn 11 Kompagnien Abgaben zur Bildung einer zwölften zu leisten haben, als wenn deren 8 auf

12 umzustellen sind. Überdies würde die Friedensausbildung durch diese Maßnahme erleichtert, und es ergäbe sich außerdem eine günstige Gelegenheit zu praktischer Erprobung der dreiteiligen Bataillone. Auch General v. Bernhardt spricht sich in seiner neuesten Schrift („Deutschland und der nächste Krieg“) zugunsten der Dreiteilung aus. Für die Infanterie ergäben die 32 neuen Bataillone zudem eine allerdings nur geringe und nur vorübergehende Besserung der Beförderungsaussichten. Günstiger ist in bezug auf diese die Schaffung von Landwehrinspektionen zu werten, die anscheinend für sämtliche Armeekorps in Aussicht genommen sind. Sie sollen im Frieden die Brigadekommandeure in den Geschäften des Ersatz- und Kontrollwesens entlasten und im Kriege das Kommando von Neuformationen übernehmen.

Bisher war im wesentlichen von der Infanterie die Rede. Nicht minder bedeutsam als für sie ist aber auch für die anderen Waffen eine systematische Neuregelung der Organisation, zumal unter dem Gesichtspunkte einer Besserstellung der Offiziere in ihren Berufsaussichten. In der nächsten Nummer wird hierauf wie auf die weitgehenden Forderungen des Wehrvereins usw. kritisch eingegangen werden.

Hauptmann Dr. Fritz Koeder-Friedenau

Churchills Flottenrede

Winston Churchill, der Erste Lord der britischen Admiralität, hat am 18. März zum englischen Flottenetat im Unterhause eine Rede gehalten, die von der gesamten Presse diesseit und jenseit des Kanals in lebhaftester Weise kommentiert worden ist. Von den einen freudig begrüßt, da sie die Hand biete zu dauernder Verständigung, wird die Staatsrede von den andern in heftigster Weise angegriffen, da der englische Lord in bisher nicht dagewesener und kränkender Form einer großen Nation offen den Fehdehandschuh hingeworfen.

Gar mancher wünscht und wähnt über seinem Arbeitstisch das Wort *sine ira et studio* geschrieben und merkt nicht, daß er es, wie Tacitus selbst, im Kampf um die Tagesfragen, bei der schnelle Widerrede heischenden Programmreden führender Männer oder auf den Zinnen seiner Partei längst vergaß. „*Sine ira et studio*“ oder zu Deutsch: „vornehm, ruhig und sachlich“ — wer kämpft heute noch so? Wer eine Brille trägt, muß durch die dauernde Gewöhnung zu immer schärferen Gläsern greifen. Wer jahrelang die Parteibrille nicht vom Auge genommen, verliert Maßstab und Möglichkeit, Menschen und Dinge zu sehen, wie sie sind. Solch ein Mensch wird süßlich, wo es zu lieben gilt, wird gehässig, wo er hassen sollte.

Wir wollen den Gegner, der sich offen als solcher bekennt, weder umschmeicheln, daß er uns gefügig werde, noch ihn schmähen, daß er die Hand nur um so fester um den Schwertgriff legt. Macht er Vorschläge, so wollen wir sie in Ruhe prüfen. Wir wollen den andern achten, solange er achtenswert; und Winston Churchill bleibt auch nach seiner Rede achtenswert.

Die Rede des Ersten Lords der englischen Admiralität zerfällt in zwei Teile. Der erste Teil enthält seine Ansichten über ein für ihn diskutables Verhältnis zwischen der englischen und der deutschen Marine. Der zweite Teil kündigt eine neue Dislokation der englischen Seestreitkräfte an, dergestalt, daß der Ring der englischen Geschwader um die Nordsee enger und stärker gezogen werden soll. Ein wirkliches Verständigungsangebot enthält die Rede nicht. Das bedauern wir. Denn wirkliche Verständigung, selbst wenn auch wir kleine Opfer bringen müßten, ist das einzig erstrebbarste Ziel. Die Hoffnung, dies Ziel einmal zu erreichen, werden wir auch nach Churchills Rede nicht aufgeben. Es muß eine Freundschaft möglich sein zwischen zweien, die gerade und aufrecht ihren Weg gehen und die willens sind, die Hand zur Verständigung zu bieten. Wie aber dem einzelnen Menschen im Laufe der Jahrhunderte so viele Rechte zugestanden sind, daß er sich fast täglich in einem derselben von dem Nachbar verletzt fühlt, so ist auch eine Verständigung zwischen zwei Nationen, die, ob mit Recht oder Unrecht, jahrelangen Groll gegen einander aufgespeichert haben, nicht von heute auf morgen zu erreichen. Vorbedingung, Mißstimmungen zwischen zwei Menschen oder zwei Völkern zu beheben, ist Offenheit. Offenheit rühmt Churchill seiner Rede nach. Wer Offenheit nicht vertragen kann, entzieht sich selbst den Boden jeder Verständigungsmöglichkeit.

Wenn Churchills Rede auch keine greifbaren Angebote macht, so erweckt doch immerhin die Tatsache Hoffnungen, daß er, wenigstens scheinbar, in bezug auf die Relation 2:1 Konzessionen macht. Der deutsche Vorschlag, für das Verhältnis der deutschen zu den englischen Seestreitkräften sei 2:3 eine gesunde Norm, wird nicht mehr wie noch vor kurzem als Annäherung bezeichnet. Allerdings wird eine wirkliche Verständigung, die von Dauer ist, nur dann denkbar sein, wenn beide die wechselseitigen Bedürfnisse anerkennen und nicht als „Luzus“ höhnen, was für Zukunft und Bestand des anderen Staates bittere Notwendigkeit ist.

Es gibt in Deutschland keine Gruppe und keine Partei, die ehrlicher Verständigung nicht zustimmen würde. Nur müssen die Austauschobjekte gleichwertig sein. Wir können nicht politische Konzessionen, d. h. Versprechungen, die zum Teil in der Luft schweben, eintauschen etwa gegen Wehrmachtskonzessionen, die mehr als greifbar sind. Das hieße rechnen mit inkommensurablen Größen.

Um im einzelnen zu den scheinbaren Konzessionen der Rede des Ersten Lords kurz Stellung zu nehmen, so hält Churchill bei Linienschiffen die Relation 10:16 für diskutabel. Für Kreuzer jeglichen Typs, also auch für Panzerkreuzer, hält er einen höheren Standard — welchen sagt er nicht — für notwendig. Hier stoß' ich schon. Französische und andere Admirale haben erklärt, die Entwicklung des Panzerkreuzers näherte sich der des Linienschiffs in solchem Maße, daß ein Aufgehen beider Typen in einen nur eine Frage der Zeit sei.

Togo und Kostjefzenski haben ihre Panzerkreuzer als ebenbürtige Kampfgenossen in die Formation ihrer Linienschiffe eingereiht. Churchill will das Verhältnis 10 : 16 nur auf Linienschiffe, nicht auf Großkampfschiffe angewendet wissen.

An sich wäre ein Verhältnis 10 : 16 für alle Schiffe für uns diskutabel. Der deutsche Standpunkt, wie ihn die öffentliche Meinung vertritt, ist 3 : 2, bisher verlangte England 2 : 1.

Heute fordern für Linienschiffe

$$\begin{array}{r} \text{Churchill} \quad \frac{10}{16} = \frac{5}{8} = \frac{15}{24} \\ \text{wir} \quad \quad \quad \frac{2}{3} = \frac{15}{24} \end{array}$$

Es ist also nur eine Differenz von $\frac{1}{24}$, das würde jeder Verständige in Deutschland opfern, wenn damit Ruhe, Friede und Verständigung erkauft würden, obwohl England damit immerhin 20 Prozent der Differenz der Auffassungen bekäme*).

Es ließe sich also über den Churchillschen Vorschlag reden, wenn ihn nicht vier Klauseln von vornherein illusorisch machten:

1. Churchill will England nur auf fünf Jahre gebunden wissen. Gerade während der nächsten fünf Jahre aber ist die Situation für England infolge der zahlreichen, ihm zur Verfügung stehenden *Prædreadnoughts* sehr viel günstiger. Was aber wird nach Ablauf der fünf Jahre?

2. „Wir können“, meint Churchill, „allerdings nicht nur auf Deutschlands Bautempo Rücksicht nehmen, sondern müssen auch bis zu einem gewissen Grade die Neubauten anderer Mächte in Betracht ziehen.“ Der Satz bedarf keines Kommentars.

3. Die von Churchill angekündigte Neuorganisation der englischen Flotten, die die Seestreitkräfte näher an die Nordsee heranschiebt, sieht drei Flotten vor. Von diesen wird die erste Flotte aus einem Flottenflaggschiff und vier Geschwadern zu je 8 Schiffen bestehen. Das sind 33 Linienschiffe, die alle voll in Dienst sind. Die zweite Flotte wird sich aus zwei Geschwadern von je 8 Schiffen zusammensetzen, die gleichfalls zur Mobilmachung keiner Reserven bedürfen. Die Hälfte der Mannschaft ist an Bord, die andere Hälfte auf Schulen, Kursen usw. Die dritte, gleichfalls aus zwei Geschwadern zu je 8 Schiffen bestehende Flotte ist mit reduzierter Besatzung in Dienst, muß also im Mobilmachungsfall erst durch Reservisten auf den vollen Etat gebracht werden. Die drei Flotten setzen sich demnach aus 65 Linienschiffen zusammen. In seiner Rede stellt Churchill

*) 20 : 10 (England) und 15 : 10 (Deutschland), Differenz von 20 und 15 = 5.

15 : 10 (Deutschland) und 16 : 10 (Churchill für Linienschiffe), Differenz von 16 und 15 = 1.

1 ist 20 Prozent von 5, also von der ursprünglichen Differenz der Auffassungen.

Oft schon ist jenseits des Kanals betont worden, Deutschland könne pekuniär nicht leisten, wozu England sein größerer Reichtum befähige; öfter noch ist vorgebracht, Englands insulare Lage mache die Haltung einer jeder Mächtegruppierung überlegenen Flotte für das Reich zu einer Lebensfrage, verlange supremacy nicht superiority auf dem Weltmeer.

Wer wähnt, Deutschland könne die Mittel nicht aufbringen, seine Weltstellung zu sichern, vergißt, daß das Deutsche Reich im vergangenen Jahre 40 Mark pro Kopf der Bevölkerung an Steuern erhob, England 69 Mark, der überfieht, daß Deutschland für Heer und Marine 21 Mark pro Kopf der Bevölkerung ausgibt, England 31 Mark, der bedenkt nicht, daß Deutschland 65 Millionen Einwohner zählt, England 45 Millionen, und der berücksichtigt vor allem etwas nicht: das sind die Wolken, die an Englands innerpolitischem und wirtschaftlichem Horizont heraufziehen. Noch ist der Kohlenstreik nicht beigelegt, noch harret die soziale Frage der Inangriffnahme. Die soziale Gesetzgebung läßt sich aber in einem Großstaat nicht aufschieben, nachdem sie im Nachbarstaat seit einem Vierteljahrhundert Segen gewirkt. Noch auch ist Chamberlains Frage nicht entschieden, ob das Freihandelsystem in England weiter durchführbar bleibt.

Notwendiger noch, als dem oft gehörten Wort, Deutschland sei mittellos, entgegenzutreten, ist aber die Klarstellung der jenseit und diesseit des Kanals



Ich lache

weil jedes System Füllfederhalter das beste sein soll???

Probieren Sie entweder

„Klio“ E. Reiser's Patent,
bei der Sie Ihre gewohnte Feder u. Tinte verwend. können,
zu Mk. 3.— und 6.— pro Stück.
Mit neuester Selbstfüllvorrichtung Mk. 2.— pro Stück mehr
oder

„Regina“ ges. gesch. Sicherheits-Goldfüllhalter
mit 14 karätiger Goldfeder mit Iridiumspitze,
immer schreibfertig, Mk. 10.—,
auch m. grösseren Goldfedern Mk. 14.50, 19.— u. 25.— pr. Stück.

„Klio“ und „Regina“ können in jeder Lage in der Tasche getragen werden.
Überall erhältlich. Kataloge gratis und franko.

Klio-Werk, G. m. b. H., Hennef (Sieg) 141

Grösste und leistungsfähigste Füllfeder-Spezialfabrik des Kontinents.

Es sind verschiedene ähnlich lautende minderwertige Nachahmungen im Handel, achten Sie daher auf die jedem Halter eingetragene Marke „Klio“, E. Reiser's Patent, bzw. „Regina“, ges. gesch.

Einige Anerkennungen: Herr Kisch, Thaler Blechwarenfabrik Kisch & Co., Thale a. H., schreibt: „Als ich dieser Tage Ihre Inserate las, wurde ich daran erinnert, habe, nun bereits 5 bis 6 Jahre besitze. Ich gebrauche meinen „Klio“-Füllfederhalter tagtäglich, und ist mir derselbe ein treuer Begleiter und lieber Freund geworden. Ich war früher im Besitze eines anderen Systems, jedoch habe ich schon längst die Vorteile Ihres Systems erkannt usw. usw.“

Herr Dr. Deichmann, Löwen-Apotheke in Leer, schreibt: „Seit mehreren Jahren gebrauche ich ständig Ihren „Regina“-Füllfederhalter, und drängt es mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich mit dem Halter durchaus zufrieden bin und ich nur jedem empfehlen kann, bei Anschaffung eines Füllfederhalters an Ihr System zu denken. Der Halter arbeitet noch heute, nach vier Jahren, ebenso wie am ersten Tage, wohl das beste Zeichen für die Güte Ihres Fabrikates.“

täglich wiederholten und nie bestrittenen Behauptung, Englands insulare Lage erfordere exzeptionelle Maßnahmen. Wir haben diesen Satz so oft gehört und meist ohne Nachdenken angenommen, daß fast jeder von uns dem insularen Albion ein besonderes Schutzbedürfnis zubilligt. Stimmt aber der Satz? Kann England beanspruchen, ruhiger und sorglicher zu leben als jeder Kontinentalstaat? Ist wirklich sein Schutzbedürfnis größer, weil ihm eher die Zufuhr abgeschnitten werden könne? Meiner Ansicht nach ist Deutschland, dem ein feindliches oder unfreundlich neutrales Frankreich und Rußland die Grenzen sperren, und dem die englische Flotte die wenigen vorhandenen Häfen blockiert, in einer weit ungünstigeren Lage, trotzdem der eigene Boden zwei Drittel seiner Bevölkerung ernähren kann, als England, dessen sämtliche Häfen zu sperren — es besitzt etwa die zehnfache Anzahl wie das Deutsche Reich — keine Flotte groß genug ist. Gerade die insulare Lage und seine ungeheure Zahl von Häfen schützt das einer Festung mit Graben vergleichbare England besser als das Deutsche Reich seine in harter Arbeit erstarkte Wehrmacht.

Nie ist, selbst in schwerer Zeit, England in gleicher Weise wie ein Küstenstaat geschädigt oder blockiert worden. Immer ist es reicher geworden durch den Krieg, stets ist gerade dann Handel und Industrie aufgeblüht. Selbst eine gleich starke Seemacht könnte nie erfolgreich Englands Seehandel abschneiden, noch alle seine Häfen blockieren. Für uns besteht diese Gefahr, nicht für England.

Daß Großbritannien der Suprematie auf dem Weltmeer bedürfe, ist ein verrostetes Wort aus vergangenen Tagen, das kluge Staatskunst immer wieder aus der Rüstkammer politischer Schlagworte holt, um durch ererbte Formeln die imperialistische Politik des britischen Weltreichs zu stützen.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow in Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung in Wilmersdorf. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Friedenau bei Berlin, Hedwigstr. 1a.

Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Pfalzburg 5719, des Verlags: Amt Bügow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 36/37.

Wir bitten die Freunde der :: :: :: ::

Grenzboten

das Abonnement zum II. Quartal 1912
erneuern zu wollen. — Bestellungen
nimmt jede Buchhandlung und jede
Postanstalt entgegen. Preis 6 M.

Verlag der
Grenzboten
G. m. b. H.
Berlin SW. 11.

G. HURELMAYER
BUCHBINDEEI
PAPIERHANDLUNG
SCHILLERSTR. 21